

Handwerks-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 10 Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementpreis 1,50 pro Quartal. Adressen und Kreditoren: Hamburg 25, Clausenstraße 1, Telefon 1, 244.
Hamburg, den 4. März 1916
Kupferrufen die ausgepostete Postkarte oder deren Raum 50 Pfg. (Der Betrag ist stets vorher einzustellen). Verhandlungspreis 25 Pfg. die Zeile.
30. Jahrg.

Kollegen! Vom 1. März ab tritt für alle beschäftigten Berufskollegen die vereinbarte Teuerungszulage in Kraft. Sie beträgt 6 S für die Stunde in Orten mit neunstündiger und weniger Arbeitszeit, 5 S für die Stunde in Orten mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit. Die Zulage ist in voller Höhe auf die bisher gezahlten Stundenlöhne zu entrichten. **Sorgt, Kollegen, für die allgemeine Durchführung dieser Vereinbarung! Auch nichtorganisierte Arbeitgeber haben den Zuschlag zu bezahlen!**

Fünfzehnte Generalversammlung in Berlin.

II.
Ueber die Aufgaben der Gewerkschaften nach dem Kriege referierte der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt. Die großartigen Ausführungen wurden mit hohem Interesse von den Delegierten entgegengenommen. Redner gab vorerst ein eindrucksvolles Bild von den Verhältnissen im Wirtschaftsleben, als der Krieg eingeleitet wurde, und von der Tätigkeit der Gewerkschaften im allgemeinen, um die Lebenshaltung der Arbeiter auf eine gewisse Höhe zu halten. In erster Linie ist es die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ordnen und regeln, der Ruflosigkeit der Massen entgegenzuwirken, indem zu Beginn des Krieges die Arbeitslosigkeit unheimliche Dimensionen angenommen hätte und ganze Industriezweige lahmgelegt worden waren. Eine Zentrale der Arbeitsvermittlung wurde eingerichtet, um die arbeitslosen Kräfte in Stellung zu bringen. Große Veränderungen traten ein, als allmählich die Rüstungsindustrie ungeheure Kräfte in Anspruch nahm, was um so fühlbarer wurde, als die Eingebungen immer stärker vor sich gingen. Die Heranziehung von Frauenarbeit, die Erschließung neuer Erwerbsquellen machten es notwendig, rechtzeitig im Sattler- und Schneidergewerbe, in der Heimindustrie tarifliche Regelungen zu schaffen. Dabei mußte herangezogen werden, daß die Militärbehörden zehlich befristet waren, gewisse Grundsätze zu sichern; nicht nur für den Krieg, sondern auch für später. Die vereinbarten Tarife müssen, unter Androhung von Strafen, unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Weniger erfolgreich war das Bemühen in solchen Industrien, die mit der Rüstungsindustrie nichts zu tun hatten, also selbst unter günstigen Verhältnissen leiden. Dies trifft besonders die Textil- und Konfektionsindustrie zu. Da galt es, drachgelegte Kräfte zu unterstützen. Auch andere Kriebsbedingte sind durch die Beschlagnahme von Kupfer, Messing, Gummi usw. sehr in Mitleidenchaft gezogen worden. Ob gelingt, all diese freigewordenen Arbeiter in anderen Industrien unterzubringen, sei ungewiß. Durch Beschluß des Reichstages sind den Gemeinden 400 Millionen Mark Unterstützungsgeldern überwiesen worden. Es müsse alles Bestreben sein, auch für die Friedenszeiten solche Maßnahmen durchzuführen; denn der Frage der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ebenso der der Arbeitsvermittlung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ueber die Ausgaben, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege gestalten werden, liege gar kein Maßstab vor. Es kam bisher vieles vor viel anders, als wir anfangs hofften; darum heißt es, in unsern Betrachtungen sehr vorsichtig sein. Redner ging zu dem Standpunkte aus, daß Deutschland selbstverständlich als Sieger aus dem gewaltigen Völkerringen hervorgeht, weil damit auch das Wirtschaftsleben in enger Beziehung steht. Von Interesse sei es, daß unser Handel und Verkehr nicht niedergedrückt wird und unsere Handelsverbindungen sich wieder wie vorher weiterknüpfen. Nach dem Kriege werde durch die Umänderung unserer ganzen Industrie wieder mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen sein. Es werde aber auch in einer Reihe von Industrien und Gewerben sofort Hochkonjunktur eintreten. Das dürfe auch für das Malergewerbe zu erwarten sein, das

infolge Mangels verschiedener Rohstoffe, zum Beispiel Seidöl, ziemlich ausgepowert ist. Jetzt schon laufen spekulative Unternehmer teures Material ein, um es bei Beendigung des Krieges sofort nach Deutschland bringen zu können. Daß die Schiffswerften einer Hochkonjunktur entgegengehen, sei ohne Zweifel. Aber auch der Bau- und Markt werde sich besser gestalten, da der Mangel von Kleinwohnungen jetzt schon vorhanden ist. Redner erinnert an die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangene Petition der Generalkommission. Nur sollten die Gemeinden mehr zur Kreditbewilligung herangezogen werden. Die Gemeinden wären in der Lage, durch Ankauf von großen Terrains, dem Bodenpekulantentum, das in wahnwitziger Weise die Bodenpreise hinaufgetrieben hat, mit Erfolg entgegenzuarbeiten.
Nach dem Kriege müssen unsere Gewerkschaften aber auch imstande sein, ihren vollen Einfluß auszuüben, um die Lebenshaltung ihrer Mitglieder hochzuhalten. Dabei werden sie um schwere Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht herumkommen. Außerordentlich notwendig wäre es dann, wenn es allgemein gelänge, mit den gegnerischen Gewerkschaften eine Vorkommensarbeit zu finden. Der Streit um die Form sei dann zurückzustellen. Jetzt schon werde in vielen Berufen bei Tarifbewegungen gemeinsam vorgegangen; auch nach dem Kriege werde dies von Vorteil sein.
Die Frage der Einwanderung ausländischer Arbeiter werde ebenfalls künftig die Gewerkschaften mehr beschäftigen. Wenn gleich nach dem Kriege wieder Tausende von Italienern ins Land kommen sollten, so werden wir uns dagegen wenden müssen, solange noch bei uns Arbeitslose vorhanden sind. Fremde Arbeitskräfte dürfen nur bei Bedarf durch einen paritätischen Arbeitsnachweis eingeführt werden. Sie dürfen nicht willkürlich durch gewissenlose Agenten, wie es bisher geschehen ist, nach Deutschland gelockt werden. Ebenso sei die Frage zu erörtern, ob die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte in der Landwirtschaft eine so dringende Notwendigkeit ist.
Für die gesamte Gewerkschaftsentwicklung von großer Bedeutung werde die Fürsorge für Kriegsbeschädigte sein. Eine Zentrale mit Unterabteilungen ist eingerichtet, auch Lehrwerkstätten sind eingeführt. Ueberall soll den Kriegsbeschädigten mit Rat und Tat zur Seite gestanden werden. Soweit wie möglich, sie wieder ihrem alten Berufe zuzuführen und dafür zu sorgen, daß der Lohn nicht gedrückt wird, sei mit eine der Hauptaufgaben. Auch die Anstellung von Kriegsinvaliden auf dem Lande wird erwogen; natürlich kommen hierfür nur Landarbeiter in Betracht. Im übrigen werde die Durchführung von größeren sozialpolitischen Aufgaben nach dem Kriege nicht gleich zu erwarten sein, besonders solche, für die größere Geldsummen in Betracht kommen. Die Fragen des Arbeiterschutzes, auch die des internationalen, wie zum Beispiel Verbot der Bleifarbenverwendung, werden gleichfalls ins Stocken geraten.
Die Lebensmittelversorgung werde uns auch nach dem Kriege noch lange beschäftigen. Eine planmäßige Durchführung, Verteilung und Preisbildung der notwendigen Nahrungsmittel sei die wichtigste, was hierbei zu beachten ist. Nach kurzem Hinweis auf die Bedeutung der Genossenschaften im allgemeinen, betont Redner, daß durch die bedauerlichen Differenzen in der Partei leicht eine Schädigung in der Schlagkraft der Gewerkschaften eintreten

könne. Doch in der Hoffnung, daß die praktische Arbeit, die uns nach dem Kriege erwartet, das theoretische Spintifizieren schon vertreiben werde, schloß der Referent seinen lehrreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.
Ueber den Stand des Bauarbeiterschutzes in der gegenwärtigen Zeit brachte der Sekretär der sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission für Bauarbeiterschutzes, Genosse Heintze, allgemein aufklärende, interessante Ausführungen. Alle Verbesserungen, sowohl im Lohn- und Arbeitsverhältnis als auch auf dem Gebiete des gewerblichen Arbeiterschutzes, verdanken die Arbeiter ihrer Organisation. Er wies daraufhin, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen, zum Beispiel bei Tiefbauten, es mit dem Bauarbeiterschutze bestellt ist. Der große Menschenverlust erfordert nach dem Kriege, daß mit allem Eifer dem Ausbau der Sozialgesetzgebung für Unfallverletzte, der Erhaltung und Sicherung des Lebens und der Gesundheit unserer Kollegen Beachtung geschenkt wird. Leider haben wir auch den Verlust so mancher tüchtiger Männer, wie Bauärzte, Lehrer der technischen Hochschulen, als Opfer des Krieges zu beklagen, die unsern Bestrebungen auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes sympathisch gegenüberstanden. Redner schloß mit dem Wunsche, daß auch unsere Kollegen ihre Mitarbeit nicht versagen; besonders die Bezirksleiter möchten häufiger dem Sekretariat einen kurzen Bericht über ihre gemachten Erfahrungen, betreffs Mißstände auf Bauten, über Weitergerüste, Bleifrage usw., zukommen lassen. So werden auch sie mit dazu beitragen, im Interesse für unsere Kollegen auf der Arbeit, einen brauchbaren Bauarbeiterschutzes zu erringen.
Zum letzten Punkt der Tagesordnung erklärte Kollege Streine, daß der Vorstand unter den gegebenen Verhältnissen noch weiter aus sechs Personen bestehen soll. Nach dem Kriege werde sich doch eine Generalversammlung mit der Frage befassen müssen. Die Orte, an denen die Beiratsmitglieder gewählt werden, sollen dieselben bleiben und nach Möglichkeit für die Kriegszeit Stellvertreter bestimmt werden. Darauf wurde zum ersten Vorkommenden Kollege Streine einstimmig gewählt. Ebenso einstimmig erfolgte die Wahl der Kollegen Wenter als Kassierer, Krüger als zweiter Kassierer, Geirich und Delle als Sekretäre, Marx als Redakteur. Als Bezirksleiter wurden die bisherigen Kollegen Jakobiet, Zimmermann, Buch, Buchelt, Meyer und Guck wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses bleibt in Hannover. Als Obmann wurde Kollege Beinert wieder bestimmt.
Mit Genugtuung konnte am Schluß der Verhandlungen Kollege Streine auf den guten und würdigen Verlauf der Generalversammlung hinweisen. Jeder anwesende Kollege müsse nun dafür sorgen, daß die Beschlüsse und die getroffene Vereinbarung mit dem Arbeitgeberverband in allen Kollegenkreisen bekannt werden. Auch diese Verantwortung ist nur dem Bestehen unserer Organisation zu verdanken. Selbstverständlich bedarf es in so außergewöhnlich schwerer Zeit unser aller Kraft, das Geschaffene hochzuhalten, auch rechtzeitig Vorarbeiten zu treffen zum späteren Neuaufbau in der Organisation. Wenn der Friede ins Land eingezogen sein wird, müssen wir bereit sein. In der Hoffnung, daß auch diese Tagung dazu beigetragen hat, das Organisationsleben zu befruchten, und uns alle mit neuer Latkraft zu erfüllen, schloß er die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation.

Die Kriegsteuerzulage und die Unternehmerverbände im Malergewerbe.

Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hielt am 14. Februar in Eisenach seine Hauptversammlung ab. Gegen 200 Vertreter waren erschienen. Der wichtigste Verhandlungspunkt der Tagung war der Bericht über den Ablauf und die Verlängerung des Tarifs sowie die Beschlusfassung über die vereinbarte Teuerungszulage von 5 und 6 1/2 pro Stunde. Den einleitenden Bericht erstattete der Vorsitzende Herr Kruse. Die Besprechung darüber nahm sodann nach den Mitteilungen des Süddeutschen Maler- und Tünchermessterverbandes mehr als drei Stunden in Anspruch. Sämtliche Gänge stellen hierzu Nebner, die teils für die Zulage sprachen, teils dagegen ihr Votum abgaben. Nach obigem hatte stehen die Gegner der Kriegsteuerzulage. Die Behörden, die hier vermittelnd eingreifen, hätten seither nicht dafür gesorgt, daß derartige Belastungen auch wieder von den Baubehörden in Form von besserer Bezahlung der zu leistenden Malerarbeiten ausgeglichen werden. Man hat hartes Wort und manch berechtigter Vorwurf waren vorgebracht worden. Bittere Klagen hätte man geführt, wie wenig soziales Entgegenkommen die Baubehörden hier zeigen, und dem Vorstand wäre nahegelegt worden, alle die festgestellten Tatsachen zur Kenntnis der vermittelnden Behörden zu bringen. Sie alle beantragten glatte Ablehnung der vorgeschlagenen Kriegsteuerzulage.

Die Nebner, die für die Annahme der Kriegsteuerzulage sprachen, gingen von dem Standpunkt aus, daß die Teuerung der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel nicht bestritten werden könnte. Jeder, der eine Familie habe, spüre es selbst täglich am eigenen Leibe. Aber auch von dieser Seite wurde manch ernstes Wort an die Behörden gerichtet, dem Handwert gegenüber mehr sozialen Geist zu zeigen. Die Klagen der Gegner über das wenige Entgegenkommen der Baubehörden konnten nicht widerlegt werden. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß es eine ehrenvolle und dankbare Aufgabe der Landesverbände und Ortsgruppen sei, sofort mit den Behörden in Verbindung zu treten, um eine angemessene Erhöhung der Tagelöhne und der Akkordpreise zu erhalten. Die Behörden müßten jetzt zeigen, ob sie ein soziales Verständnis dem Handwert gegenüber haben, oder ob die Meister auch in Zukunft nur mit platonischer Liebe zu rechnen haben werden.

Nachdem die einzelnen Gamberreiter nochmals unter sich eine Aussprache vorgenommen hatten, kam es zur Abstimmung. Die Gamberreiter verkündeten das Resultat ihrer Gänge. Die Gesamtabstimmung ergab folgendes Ergebnis:

Für die Kriegsteuerzulage stimmten:

Gau 1 Norddeutschland	M. 7 051 000	Lohnsumme
" 2 Südwestdeutschland	" 4 775 000	"
" 3 Süddeutschland	" 5 107 114	"
" 4 Mitteldeutschland	" 3 926 619	"
" 5 Brandenburg	" 10 758 588	"
" 6 Ostdeutschland	" 1 192 459	"
		M. 33 810 799 Lohnsumme

Gegen die Zulage stimmten:

Gau 1 Norddeutschland	M. 6 829 000	Lohnsumme
" 2 Südwestdeutschland	" 1 116 000	"
" 4 Mitteldeutschland	" 1 878 414	"
		M. 9 823 414 Lohnsumme

Die getroffene Vereinbarung ist demnach mit M. 32810799 Lohnsumme gegen M. 9323414 vom Arbeitgeberverband angenommen worden.

Der Bund deutscher Dekorationsmaler erließ in seiner Fachzeitschrift folgende Bekanntmachung: Wir bringen unseren Mitgliedern zur Mitteilung, daß die am 25. Januar 1916 im Reichsamt des Innern stattgefundenen Tarifverhandlungen im deutschen Malergewerbe nunmehr zum Abschluß gelangt sind, indem die betragsschließenden Parteien die getroffenen Vereinbarungen angenommen haben.

Damit tritt am 1. März 1916 folgendes in Kraft: Die Gehälter erhalten eine Kriegsteuerzulage, und zwar in Orten mit einer Arbeitszeit von neun oder weniger Stunden 6 1/2 für die Stunde, in Orten mit einer Arbeitszeit von mehr als neun Stunden 5 1/2 für die Stunde.

Die Tarife des Bundes deutscher Dekorationsmaler und des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe haben Gültigkeit bis zum 15. Februar 1917, gegebenenfalls bis zum 15. Februar 1918.

Heber die Stellungnahme des rheinisch-westfälischen Malermeisterverbandes, der bis zum 25. Februar an das Reichsamt des Innern seine Zustimmung oder Ablehnung der getroffenen Vereinbarungen bekanntzugeben hatte, liegt uns noch kein Bericht vor.

Mehr Heimarbeiterschutz.

Am 11. Februar fand in Berlin eine Besprechung über Maßnahmen zum Schutz der Heimarbeit statt. Die Einladung ging von der Institutsstelle für Heimarbeiterschutz und vom Bureau für Sozialpolitik aus. An der Besprechung nahmen Vertreter und Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sowie der Zentralstelle für Arbeiterinneninteressen und der Verband der katholischen erwerbsfähigen Frauen und Mädchen teil. Nach einleitenden Worten des Professors Franke berichtete Dr. Otto Geibel über die Ergebnisse der Konferenz vom 3. August 1915. Sie betrafen die Vorarbeiten über die Einführung von Fachauschüssen, die Veranlassung des Heimarbeiterschutzes, die in Berlin erfolgreich durchgeführt sei und nunmehr auf das ganze Reich übertragen werden müsse. Darin sei eine Eingabe betreffs der Regelung der behördlichen Inzidenz von Heimarbeit. Man könne sich nicht mit negativen Maßnahmen begnügen; denn

ein großes Bedürfnis nach Nebenerwerb sei unfehlbar vorhanden und werde nach dem Kriege noch mehr hervortreten. Deshalb seien auch Maßnahmen für die Beschaffung von Nebenerwerb nicht zu entbehren.

Sodann hielt Herr Magistratsrat Dr. Miller-Frankfurt am Main ein Referat über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei öffentlichen Lieferungen. Ausgehend von den Mißständen, die sich am Anfang des Krieges bei der Ausgabe von Heereslieferungen, besonders im Bekleidungswesen, eingestellt, indem parasitäre Egitzen sich zwischen Heimarbeiter und Militärbehörden schoben und die Löhne drückten, schilderte der Redner die Bestrebungen der Heeresleitung, die Lohnsätze behördlich festzusetzen und den Unternehmern durch Vertrag aufzuzwingen; die Lohnsätze wurden tarifvertraglich geregelt, das Verhältnis zwischen Unternehmer- und Arbeiteranteil behördlich festgesetzt und Streitigkeiten durch Schlichtungskommissionen erledigt. Da die Gewerbegerichte zu diesen vertraglichen Regelungen eine ablehnende Stellung einnahmen, insbesondere in Berlin, so griff die Kommandogewalt ein und verfügte, daß andere Verabredungen, die von den tarifvertraglich-behördlichen Festsetzungen abweichen, nichtig seien. Das Klagerrecht des letzten Arbeiters gegen den ersten Unternehmer von Heereslieferungen sei so gut wie gesichert, dank der höheren sozialen Einsicht der Militärbehörden. Es gelte jetzt, von diesen Kriegserzeugnissen total als möglich in den Frieden hinüberzubringen. Eine gesetzliche Regelung sei das einzige Mittel und die Einführung der Fachauschüsse nicht länger zu umgehen. Auch dürfe sich die jetzt getroffene Regelung nicht auf Lieferungen von Arbeit beschränken, sondern müsse auch auf Lieferung fertiger Waren, zu denen der Unternehmer die Rohstoffe gegeben habe, ausgedehnt werden durch den Nachweis, daß für diese Waren ausreichende Löhne gezahlt seien und durch die nachträgliche Gattung für Nachzahlung auf zu niedrige Löhne der Heimarbeiter. Herr Magistratsrat v. Schulz-Berlin ergänzte die Ausführungen des Herrn Miller durch seine eigenen Erfahrungen. In der sehr eingehenden Erörterung wies Herr Künze-Berlin vom Verband der Schneider und Schneiderrinnen nach, daß die Militärbeleidungsämter und das Generalkommando erst nach unausgesetztem Drängen der Gewerkschaften den Weg zu einer Sanierung der Heimarbeitverhältnisse im Militärbeleidungswesen beschritten hätten, denn aber mit erfreulicher Festigkeit vorgegangen seien. An der Debatte beteiligten sich die Herren Hübsch, Sabath und Umbreit von den freien Gewerkschaften, Herr Nolte und Fr. Behm von den christlichen Gewerkschaften und Herr von Verlepsh. Die meisten Redner betonten die Notwendigkeit, daß das Hausarbeitsgesetz durchgeführt werde, besonders notwendig sei die Einziehung von Fachauschüssen, die die Befugnis der Lohnfestsetzung erhalten müßten. Herr von Verlepsh schloß sich dieser Forderung an, hielt aber dafür, die Erweiterung des Gesetzes vorzubereiten durch die Einführung von Fachauschüssen mit lohnamtlichen Befugnissen im Heeresbeleidungswesen durch militärbehördliche Exekutivgewalt. Es gelte den Beweis zu führen, daß solche Einrichtungen möglich sind und sich bewähren. Was im Kriege seine Kraft bewährt habe, könne auch im Frieden leichter erhalten werden.

Als Ergebnis der Aussprache wurde in Aussicht genommen, eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat, betreffend die beschleunigte Durchführung des Heimarbeitgesetzes, zu richten, an das Kriegsministerium das Ersuchen um Einführung von Fachauschüssen zu richten und an die übrigen behördlichen Auftraggeber (Eisenbahn, Post, Gemeinden) das Verlangen zu stellen, eine gleiche Regelung der Lohnverhältnisse einzuführen, wie dies im Heeresbeleidungswesen geschehen sei. Eine Kommission von fünf Personen soll in Gemeinschaft mit dem Bureau für Sozialpolitik diese Eingaben bearbeiten.

Danach wurde für die planmäßige Verteilung der Heeresaufträge für Heimarbeit erörtert und hierzu die Bildung eines Rates von Sachverständigen beim Kriegsministerium vorgeschlagen, worüber bereits Verhandlungen mit letzterem eingeleitet sind. Auch diese Angelegenheit wird der erwähnten Kommission überwiesen. An letzter Stelle wurden Mitteilungen über die Beteiligung sogenannter Rohfabrikationsorganisationen an der Hebernahme von Heeresaufträgen für Heimarbeit gemacht und auf eine energigige Bekämpfung des Heimarbeiterschwindels sowie auf die Notwendigkeit der Förderung der ortsfaktuarischen Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Offen. (Situationsbericht.) Der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen hat wie überall, so auch bei uns seine verheerenden Folgen gezeitigt. Bereits bei der Mobilisierung im August 1914 mußten 120 unserer Verbandskollegen zu den Fahnen eilen. Unter diesen eine große Zahl Vertrauensleute. Jedoch war es uns möglich, für die letzteren immer wieder, wenn auch mit großer Mühe, Ersatz zu finden. Nicht genug Erfolg konnten wir allerdings schaffen, um die Abgänge der Mitglieder zum Militär durch Rekrutierungen wettzumachen. Es wurden eingezogen von der Filiale: im dritten Quartal 1914 128 Kollegen, im vierten Quartal 1914 62 Kollegen, im ersten Quartal 1915 35 Kollegen, im zweiten Quartal 1915 23 Kollegen, im dritten Quartal 1915 24 Kollegen und im vierten Quartal 1915 18 Kollegen; zusammen also 290 Kollegen. Zu dieser Summe sind noch zuzuzählen 60 Kollegen, die am Beginn des Krieges aktiv dienten, so daß nunmehr 350 unserer Verbandskollegen unter den Waffen stehen. Die Arbeitslosigkeit bei Beginn des Krieges sowie das Abwandern in andere Gewerbe (Kriegsindustrie, Straßenbahn, Post usw.) brachte unserer Filiale ebenfalls noch einen weiteren Verlust. Ist demnach unser Mitgliederbestand beträchtlich gesunken, so ist doch das Zusammengehörigkeitsgefühl sowie der Geist bei den noch vorhandenen Kollegen ein guter. Auch ist das Organisationsverhältnis in Zukunft der Umstände nicht als ungünstig zu bezeichnen, wenn wir berücksichtigen, daß die Kalerntzung Anfangs 1916 mit Geschäftsführern und Arbeitsleuten insgesamt nur 220 Personen beschäftigte.

In dieser Zahl sind nämlich auch enthalten diejenigen älteren Kollegen, die durch jahrelanges Arbeiten bei einem Meister bereits zum Inventar gehören sind und aus diesem Grunde leider unseren Bestrebungen fernstehen; dann solche, die eben ausgemerkt und durch die Umstände von uns noch nicht erfasst werden konnten; ferner die Invaliden und die Ausländer, die unterm Kriegszustand kein Interesse an der Organisation zeigen. Wenn wir dies alles in Betracht ziehen, so können wir mit dem Stand der Filiale immer noch zufrieden sein.

Unsere Tätigkeit seit Beginn des Krieges sowie im letzten Jahre war den Verhältnissen entsprechend ziemlich rege. Neben dem direkten Verwaltungsgeschäft sowie dem Verkehr mit den Mitgliedern (Sitzungen und Versammlungen) waren wir noch an verschiedenen Aktionen beteiligt. So hatte zum Beispiel gleich nach Beginn des Krieges unsere Filiale durch den Gehilfenauschuss bei der Malerinnung beantragt, daß wir die Weiterbeschäftigung der zum Kriegsdienst eingezogenen Gehilfen bei der Krankenkasse als freiwillige Mitglieder vornehmen wollten, und zwar auf der Grundlage, daß jedem in Arbeit stehenden Kollegen pro Woche, mit seiner Zustimmung natürlich, 50 1/2 vom Lohn abgezogen werden sollten. Auf diese Weise war es uns möglich, die finanzielle Seite zu regeln. Die Malerinnung gab ihre Zustimmung, und können wir heute erklären, daß diese Einrichtung für viele Familien unserer einberufenen Kollegen bereits segensreich gewirkt hat. Der Anspruch betrug für die Familien im Falle der Mann krank oder verhandelt war, pro Tag M. 8,00 bis zu 28 Wochen, im Sterbefall M. 180. Allerdings sahen wir uns später veranlaßt durch die lange Dauer des Krieges und die sich mehrenden Einberufungen, den Beitrag zu erhöhen und die Versicherung in niedrigeren Klassen vorzunehmen, so daß der Anspruch jetzt bei Krankheit M. 2,20 und im Sterbefall M. 120 beträgt. Versichert haben wir augenblicklich 180 Kollegen. Hoffentlich trägt diese Einrichtung dazu bei, den Geist der Zusammengehörigkeit sowie der gegenseitigen Hilfe zu stärken. Angzuerkennen ist, daß auch unsere Meister, insbesondere der Obermeister, sein möglichstes tun, um das Durchhalten dieser Einrichtung zu sichern. Leider ist ein völliges Einbernehmen mit den Arbeitgebern nicht auf der ganzen Linie festzustellen. Es handelt sich hierbei allerdings nicht um unsere Arbeitgeber der Baubetriebe, sondern um die Weltfirma Krupp, die in Friedenszeiten ebenfalls 200 bis 300 Kollegen beschäftigt. Während sich überall bei den Arbeitern das Streben geltend macht, beruht durch das fortgesetzte Steigen der Lebenshaltung, das Einkommen zu verbessern, was in der Kriegsindustrie meist auch durch intensiver Akkordarbeit von Erfolg gekrönt war, konnte die Firma Krupp sich nicht entschließen, auch ihren Anstreichern eine angemessene Lohnerhöhung zu gewähren. Eine Lohnerhöhung von 1/2 1/2 pro Stunde hat wohl die Firma den Anstreichern im Durchschnitt aufommen lassen, was aber als ganz ungenügend gegenüber der herrschenden Teuerung bezeichnet werden muß. Eine Eingabe um Lohnaufbesserung, die im vorigen Herbst mit Hilfe unserer Organisation zustande kam, wurde von der Firma nicht berücksichtigt. Während die Firma heute im Zeichen des Burgfriedens mit ihren Arbeitern in den anderen Betrieben bei Lohnforderungen verhandelt und versucht, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, glaubt man dieses bei den Anstreichern in keiner Weise nötig zu haben, wie ja überhaupt gerade die Anstreicher der Firma Krupp in einer Art und Weise, speziell bei dem dort bestehenden Akkordwesen, benachteiligt werden, daß eben auch mit die Geduld eines Kruppischen Anstreichers dazu gehört, um sich dieses bieten zu lassen. Leider verstehen es die Kruppischen Kollegen nicht, gegen das dort bestehende System Front zu machen, und wenn einmal einer den Mut findet, dagegen Einspruch zu erheben, so weiß die Betriebsleitung, daß durch schleunige Entlassung den andern gleich wieder die nötige Zufriedenheit beigebracht wird. Gätten diese Kollegen alle den Wert der Organisation erkannt, dann wären solche Vorkommnisse wie im vorigen Herbst unmöglich; dann würde die Leitung der Bauverwaltung Wünschen der Anstreicher ebenso wie denen der andern Verufe Beachtung schenken. Bemerkenswert ist nur noch, daß der Verband mit viel größerer Energie die Interessen der Kruppischen Kollegen vertreten könnte, wenn diese an der Einsicht kämen, daß sie sich ihrer Berufsorganisation anschließen müssen.

Von unsern eingezogenen Kollegen stehen 85 ständig mit uns in brieflichem Verkehr; sie erhalten regelmäßig den „Vereins-Anzeiger“ zugestellt sowie von Zeit zu Zeit ein Zirkular, in dem wir ihnen die augenblicklichen Verhältnisse am Orte und in der Filiale schildern. Ihrerseits senden uns die Kollegen Karten und Briefe, worin sie uns von ihrem Befinden und dergleichen Mitteilung machen. Es ist für uns das größte Bedauern, daß wir nicht in der Lage sind, durch persönliches Beantworten mit jedem einzelnen in einen persönlichen Gedankenaustausch zu treten. Wir sind leider zu letzterem nicht in der Lage, weil kein Angestellter vorhanden ist und alle Arbeit des Abends nach Feierabend erledigt werden muß. Wir stellen jedoch mit Befriedigung fest, daß die im Felde stehenden Kollegen unsere Stellung volles Verständnis entgegenbringen. Wollige Einbernehmen herrscht bei den Kollegen im Felde wie daheim, daß nach dem Kriege die Organisation wieder stark und gerüstet dastehen muß. Und wir sind der festen Überzeugung, daß die Treue, mit der die Kollegen, die noch vorhanden sind, zusammenhalten, der Fels sein wird, auf dem wir unsere Erfolge und Fortschritte nach dem Kriege aufbauen.

Gewerkchaftliches.

Der Vorstand des Tüncherverbandes nahm in seiner Organ zu der Frage Stellung, die bekanntlich auch auf unserer Generalversammlung besprochen und im gleichen Sinne erledigt wurde, ob zurzeit beurlaubte Verbandsmitglieder, die in Arbeit stehen, Beiträge zu zahlen haben. Auf gestellte Anfrage gab er folgendes bekannt: Aus dem Militärdienst zur Berufsarbeit beurlaubte oder freigestellte Mitglieder sind vom Tage der Beurlaubung an und für die Zeit der Freistellung Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten. Sie sind folglich für diese Zeit auch Verbandsmitglieder wie vor ihrer Einberufung und müssen deshalb für die Zeit der Freistellung die Verbandsbeiträge

haben. Sollten einige Kollegen sich dessen weigern, dann ist das ihre Sache. In diesem Falle müssen die betreffenden Kollegen die statutarischen Folgen tragen, die in dem Verzicht der Mitgliedschaft bestehen. Den Ortsverwaltungen obliegt die Pflicht, die Mitglieder auf diese Sachlage zu verweisen und eventuell bei weiterer Weigerung der Beitragszahlung die Streichung im Mitgliederverzeichnis vorzunehmen.

Tarifverträge im Deutschen Zimmererverbande. Die aus dem "Zimmerer" zu entnehmen, bestanden im Zimmerergewerbe 1914 447 Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 8281 Orte erstreckte mit 5216 Betrieben und 88 585 Zimmerern, davon 28 510 Verbandsmitglieder. Tarifvertrag, dessen Geltungsbereich 1 Ort umfaßte mit 8 Betrieben und 89 Zimmerern, die alle dem Zimmererverbande angehörten, endete am 31. Dezember 1914, so daß am 1. Januar 1915 446 Tarifverträge bestanden, deren Geltungsbereich sich auf 8280 Orte erstreckte mit 5218 Betrieben und 88 546 Zimmerern, davon 28 471 Verbandsmitglieder. Im Laufe des Jahres 1915 liefen 35 Tarifverträge ab, ihr Geltungsbereich umfaßte 307 Orte mit 39 Betrieben und 1072 Zimmerern, davon 708 Verbandsmitglieder. 84 Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 447 Orte erstreckte mit 758 Betrieben und 1952 Zimmerern, davon 1891 Verbandsmitglieder, wurden erneuert. Tarifverträge mit einem Geltungsbereich von 108 Orten mit 58 Betrieben und 828 Zimmerern, davon 285 Verbandsmitglieder wurden neu abgeschlossen. Alle 37 erneuerte und neu abgeschlossene Tarifverträge, deren Geltungsbereich sich über 555 Orte mit 818 Betrieben und 30 Zimmerern, davon 1978 Verbandsmitglieder, erstreckt, wofür ohne Kampf abgeschlossen worden. Von den vorherigen Tarifverträgen befristeten 410 ihre Gültigkeit auch über das Jahr 1916 hinaus. Ihr Geltungsbereich erstreckte sich über 7989 Orte mit 5044 Betrieben und 15 888 Zimmerern, davon 12 158 Verbandsmitglieder. Am 31. Dezember 1915 bestanden demnach 448 Tarifverträge mit nem Geltungsbereich über 8528 Orte mit 5870 Betrieben und 17 676 Zimmerern, davon 14 146 Verbandsmitglieder. Von den Tarifverträgen, die am 31. Dezember 1915 bestanden, waren 880 solche, die auf Grund des Reichsarbeitsvertrages für das Baugewerbe abgeschlossen waren und durch die Zentralorganisationen genehmigt wurden. Der Geltungsbereich dieser Tarifverträge umfaßt 7557 Orte mit 4710 Betrieben und 18 908 Zimmerern, davon 1 508 Verbandsmitglieder. Die in anderer Form drücklich abgeschlossenen 118 Tarifverträge erstreckten sich über 971 Orte mit 1160 Betrieben und 3770 Zimmerern, davon 2560 Verbandsmitglieder. Für Zimmerer allein abgeschlossene Tarifverträge bestanden am Jahreschluss 114 mit einem Geltungsbereich über 1002 Orte, 1223 Betriebe und 4251 Zimmerer, davon 2861 Verbandsmitglieder. Für Maurer und Zimmerer gemeinsam waren 25 Tarifverträge abgeschlossen. Diese hatten einen Geltungsbereich über 811 Orte, 190 Betriebe und 876 Zimmerer, davon 291 Verbandsmitglieder. Für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam abgeschlossene Tarifverträge bestanden 98, deren Geltungsbereich sich über 7209 Orte, 4503 Betriebe und 18 044 Zimmerer, davon 10 893 Verbandsmitglieder, erstreckt. Von Zimmerern und Dachdeckern gemeinsam abgeschlossen war ein Tarifvertrag mit einem Geltungsbereich über 6 Orte, 11 Betriebe und 5 Zimmerer, davon 1 Verbandsmitglied. Ein Vergleich des Standes der Tarifbewegung am 31. Dezember 1914 mit dem Stand am 31. Dezember 1915 weist eine Zunahme von 1 Tarifvertrag auf. Der Umfang des Geltungsbereiches dieser Tarifverträge erweiterte sich um 247 Orte und 654 Betriebe. Die daran beteiligten Zimmerer und Verbandsmitglieder verringerten sich aber, und zwar um 18 909 Zimmerer und 14 384 Verbandsmitglieder.

Gelbe Wertvereine und Gewerkschaften während des Krieges. In den Tagen der Mobilmachung trat der Hauptausbruch nationaler Arbeiter- und Berufsvereine in Berlin zusammen, um "schärfsten Einspruch gegen das Verhalten des Vaterlandes schädigende Verhalten der Sozialdemokratie" zu erheben. Das Vaterland, so hieß es, der Kumbgebung weiter, werde dafür aber die 300 000 nationalen (lieb gelben) Arbeiter dort finden, wo es gelte, das Ansehen des deutschen Namens und den Schutz des deutschen Interesses einzustehen. Und in dem gelben süddeutschen Arbeiterblatt "war kurz vor Kriegsausbruch zu lesen, daß die sozialdemokratischen Führer bloße Angst vor dem Kriege hätten". Warum? "Tritt ein solcher ein, so verfliegt die Sozialdemokratie mit ihren Gewerkschaften wie Nebel in der Sonne. Die Gewerkschaften, die nur durch Zwang zusammengehalten werden können, verlieren den inneren Zusammenhang und brechen zusammen. Die zurückbleibenden Mitglieder zahlen keine Beiträge, die Gewerkschaftsleiter verlassen die roten Zeitungen finden keine Leser... und die Obergenossen können dann wieder die Kaufel und den Hammer in die Hand nehmen..." Das war die Kriegsprognose, die die Gelben sich und sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stellten. Die Gelben werden sich als feste, zukunftsfähige Staatsstützen erweisen, ihre sozialdemokratischen Gegner hingegen allenfalls verlieren und aus der Weltgeschichte verschwinden. Diese Prognose hat elend jämmtlich erlitten. Der jetzt Monate andauernde Krieg hat bis heute nichts geändert, was den Wünschen der Gelben nahegekommen ist. Mehrere Millionen Sozialdemokraten sind an der Landesverteidigung beteiligt, und soweit über sie Urteile vorliegen, ist bekannt geworden, daß sie nicht die schlechtesten Soldaten sind, daß ihre weit über die Erziehung der Gelben hinausgehende Bildung und ihr solidarisches Pflichtgefühl dem Lande sehr zuzutatten gekommen sind. Mehrere Millionen gegenüber spielen die Gelben in der Lage der Landesverteidigung nur eine geringfügige Rolle. Die Nation, die sich auf die Gelben stützen mußte, ist schlimm daran. Was den Gelben aber nachgesagt werden muß, ist, daß sie sich während des Krieges die größte Mühe gegeben haben, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu verunglimpfen, zu bekämpfen, wo es anging und ihrer erzieherischen Tätigkeit für die Armen und Bedürftigen während in den Weg zu treten. Vom "Burgfrieden" war den Zeitungen der Gelben nichts zu merken, von

Anfang des Krieges an bis heute wimmelten sie von Schimpfartikeln gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Und was ist geworden? Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in den Parlamenten, Gemeinden, in der freien Liebestätigkeit wird heute von jedem objektiven Beurteiler, ob Freund oder Feind, anerkannt. Und was die Gewerkschaften geleistet haben, das erscheint erst dann im rechten Lichte, wenn man ihren Leistungen die Leistungen der Gelben gegenüberstellt. Ein solcher Vergleich würde die ganzen bejammernswerten und durch und durch faulen Organisationsverhältnisse der Gelben erst recht beleuchten. Auch hier muß betont werden, daß weite Kreise bis hinauf in die höchsten Stellen der Regierung die segensreiche Wirkung der Gewerkschaftsarbeit anerkannt haben. Das hat den Gelben schon viel Kopfschmerzen bereitet, sie haben gemurmelt und geschimpft, aber sie konnten den Zustand nicht ändern, daß die Gewerkschaften lobenswerte Arbeiten leisteten, während sie selbst politisch hinter dem Gewerkschaftskarren herhülfen und eine Arbeiterpolitik trieben, für die sich die deutschen Arbeiter sehr bedanken. Sehen wir von ein paar Artikelchen und Resolutionen ab, die sie gegen den Lebensmittelmangel aufbrachten, sehen wir ab von einzelnen Unterstützungen, die sie zahlten, so möchten wir doch einmal wissen, was sie für die Arbeiter eigentlich Nützliches getan haben? Die freien Gewerkschaften haben für die durch den Krieg Betroffenen bis heute mehr als 30 Millionen Mark aus den Gewerkschaftskassen aufgebracht, haben außerdem noch andere Unterstützungen geleistet, was aber haben die Gelben aufzuweisen? Soweit es bekannt ist, wissen wir, daß sie trotz des Krieges die schärfsten Pläne gegen die deutsche Arbeiterklasse gestützt, daß sie auch gegen gewerkschaftliche Arbeiterforderungen mobil gemacht haben. Den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse aufzuhalten, das war die Hausrechtarbeit der Gelben vor dem Kriege, und das ist sie auch während des Krieges geblieben. Dafür haben die Gelben viel Mißachtung geerntet, und mehr als einmal ist ihnen selbst von ihren Gönnern attestiert worden, daß sie eigentlich so gar keine Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung spielen. Bei bedeutenden und wichtigen Verhandlungen hat man sie nicht einmal zugezogen, jedenfalls aus dem Grunde, weil man einsah, daß man den ernsthaft zu nehmenden Gewerkschaften den Vortritt nicht antun dürfte, gemeinschaftlich mit Gelben zu beraten. Diese Haltung war richtig; denn die deutschen Arbeiter wollen in ihrer überwältigenden Mehrheit auch heute nichts von den Gelben wissen. Arbeiter, die auf Selbstständigkeit und Selbstachtung etwas geben, lehnen es ab, sich für Sündenlöhne gegen die eigenen Klassengenossen benutzen zu lassen. Während die Gelben ein trotzkisches Dasein auch nach dem Kriege führen werden, hat die Sozialdemokratie, haben auch die Gewerkschaften alle Aussicht, weitere gewaltige Arbeitermassen unter ihre Fahnen zu sammeln.

Sozialpolitisches.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Januar 1916 wird im Februarheft des Reichsarbeitsblattes wie folgt berichtet:

Eine wesentliche Veränderung des im allgemeinen betriebigen, vielfach guten und sehr guten Beschäftigungsgrades ist auch für den 18. Kriegsmonat nicht festzustellen. Die gewöhnlich dem Weihnachtsmonat Dezember gegenüber in einer Reihe von Gewerben hervorretende Abminderung macht sich dieses Mal allerdings auch bemerkbar, jedoch in geringerem Maße als in Friedensjahren. Das Wirtschaftsleben zeigt im großen und ganzen, mit Ausnahme des Webstoff- und Bekleidungs gewerbes wie des Baumarktes, eine Steigerung im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres.

Starke beschäftigt waren nach wie vor Bergbau und Hüttenwesen wie die meisten Zweige der Metall- und Maschinenindustrie. Auch die elektrische Industrie und das Holz- und Schnitstoffgewerbe behaupteten im ganzen ihre Beschäftigungslage. Aus der chemischen Industrie wird teilweise eine Verbesserung des Beschäftigungsgrades berichtet. Dagegen macht sich in einzelnen Zweigen des Nahrungsmittelgewerbes wie im Webstoffgewerbe ein Rückgang bemerkbar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Februar dem 1. Januar gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 13 194 oder 0,29 v. H., gegenüber einer Verringerung um 1,88 v. H. im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 9057 oder 0,24 v. H. eingetreten im Vergleich zu einer Verringerung um 1,67 v. H. im Vormonat. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 4137 oder 0,05 v. H., also ganz unerheblich, abgenommen. Zu berücksichtigen ist bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigten, daß der Umfang der Kriegsgefangenenarbeit, der nicht unbeträchtlich ist und wohl immer noch zunimmt, in den Ergebnissen der Krankenkassen nicht zur Erfassung kommt.

Von 838 845 Mitgliedern, über die von 37 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21 498 oder 2,6 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 851 408 Mitglieder berichtet und eine Zahl von 22 066 Arbeitslosen oder 2,6 v. H. festgestellt worden. Der Anteil der Beschäftigungslosen ist dem Dezember gegenüber also nicht gestiegen, wie dies in andern Jahren zu geschehen pflegt. Im Januar 1915 hatte die Arbeitslosigkeit noch 6,5 v. H. betragen. Auch im gleichen Monat des letzten Friedensjahres, im Januar 1914, stellte sich die Arbeitslosigkeit auf 4,7 v. H., also beträchtlich höher als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat bei den Männern eine Abnahme, bei den Frauen eine Steigerung des Umfanges. Es entfallen nämlich im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen bei den Männern 84 gegenüber 90 Arbeit suchenden im Monat Dezember 1915; bei den Frauen kamen auf 100 offene Stellen im Dezember 1915 151 Arbeit suchende, im Berichtsmonat 163.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Bayern, Schlesien, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hessen

wie Hessen-Nassau und Württemberg keine wesentlichen Veränderungen des Arbeitsmarktes erkennen. In Hamburg gilt das allein für das männliche Geschlecht, während der Arbeitsmarkt für weibliche Personen eine Steigerung der Arbeitsuchenden ohne gleichzeitige Zunahme der Stellenangebote aufzuweisen hatte. Für Berlin-Brandenburg und Westfalen wird eine ungünstigere Gestaltung des Arbeitsmarktes festgestellt. Im Rheinland ist dagegen die Zahl der Vermittlungen etwas gestiegen, insbesondere ist in der Landwirtschaft bei gleichbleibendem Angebot eine Zunahme der offenen Stellen und der Vermittlungen zu verzeichnen; das Webstoffgewerbe zeigt im Rheinland ungünstigere Gestaltung. In Schleswig-Holstein ist die Lage des Arbeitsmarktes als nicht ungünstig zu bezeichnen; bei den größeren Arbeitsnachweisen ist eine günstige Gestaltung durch Vermehrung der Arbeitsgelegenheit eingetreten. In Baden bewegte sich die Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise nach einem Abflauen im Dezember wieder in aufsteigender Linie.

Militärrente und Lohn. Halbamtlich wird mitgeteilt: Nach den in verschiedenen Lazaretten und gewerblichen Betrieben gemachten Erfahrungen halten sich kriegsbeschädigte Rentnempfänger häufig deshalb von der Arbeit fern, weil sie glauben, daß lohnbringende Beschäftigung eine Verminderung ihrer Rente zur Folge habe. Wie irrig eine solche Auffassung auf Grund der gesetzlichen Bestimmung ist, ergibt sich aus nachstehenden Ausführungen:

Die Höhe der Militärversorgung wird nicht nach der Erwerbstätigkeit, die im allgemeinen in der Höhe des Lohnes ihren Ausdruck findet, sondern nach der Erwerbsfähigkeit bemessen. Der Grad der Erwerbsfähigkeit wird in erster Linie nach dem aus den Folgen der Dienstbeschädigung sich ergebenden Gesundheitszustand bestimmt. Die Erwerbsverhältnisse und alle übrigen Umstände werden zur Beurteilung mit herangezogen, können aber niemals von ausschlaggebender Bedeutung sein. Ist ein Dienstbeschädigter gänzlich erwerbsunfähig, so erhält er die Vollrente, ist er teilweise erwerbsunfähig, die Teilrente des entsprechenden Dienstgrades. Im allgemeinen wird allerdings der gänzlich Erwerbsunfähige nicht oder wenig in der Lage sein, sich einen Verdienst zu verschaffen. Anders ist es aber bei dem nur teilweise Erwerbsunfähigen.

Dem Sinne des Gesetzes nicht allein, sondern ebenso sehr der sittlichen Auffassung unseres Volkes entsprechend, ist er verpflichtet, die ihm verbliebene Arbeitskraft nutzbringend zu verwenden. Er befindet sich in einem großen Irrtum, wenn er glaubt, daß die Rente, die ihn nur für den Teil der verminderten Arbeitsfähigkeit entschädigen soll, zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes ausreichen müsse. Was ihm zur Dedung seiner Ansprüche fehlt, muß und kann er sich bei gutem Willen verdienen. Dieser Verdienst kommt ihm zugute, ohne eine Schmälerung seiner Rente herbeizuführen. Denn die Rente hängt, wie schon gesagt, lediglich von dem zeitigen körperlichen Zustand ab und nicht von andern Verhältnissen, wie zum Beispiel der Höhe des Verdienstes. Leute, die größere Glieder (Arm, Bein, Hand) oder das Augenlicht verloren haben, können die Wertstimmelungsrente nie verlieren, auch wenn sie einen noch so hohen Verdienst haben. Die Kriegszulagen verbleiben ihnen in derselben Höhe, solange sie überhaupt in dem gesetzlichen Mindestgrad (10 pZt.) erwerbsbeschränkt sind.

Wer also zum Beispiel infolge Verlustes des linken Armes neben der Rente eine Kriegszulage von M 15 monatlich und Verstümmelungszulage von M 27 monatlich erhält, behält die Zulage unverändert lebenslanglich, weil naturgemäß die durch die Folgen der Verletzung bedingte Erwerbsunfähigkeit niemals weniger als 10 pZt. betragen wird. Hieraus geht hervor, daß er auch die an und für sich veränderliche Rente nie ganz verlieren wird. Auch der völlig Erblindete behält seine Verstümmelungszulage und die Kriegszulage lebenslanglich neben einer hohen Rente, auch wenn er zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage eine der vielen für Blinde vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten ergreift.

Jeder noch einigermaßen erwerbsfähige kriegsbeschädigte wird gut daran tun, sich um eine Erwerbsquelle zu bemühen; denn die Arbeit schafft Freude am Leben und hilft über manche Widerwärtigkeiten hinweg.

Genossenschaftliches.

Lebensmittelbeschaffung durch Städte. Ueber den Umfang ihrer Lebensmittelbeschaffung in den verfloffenen Kriegsmontaten beginnen nunmehr die einzelnen Stadtverwaltungen Bericht zu erstatten. Es liegen uns nachstehende Berichte vor:

In Berlin wurden im Jahre 1915 an Kartoffeln 802 200 Zentner zum Betrage von M 3 438 500 abgesetzt und daneben an Berliner Kartoffelhandler Bezugsheine über 550 000 Zentner abgegeben. An Fleisch und Fleischwaren wurden an die Bevölkerung abgegeben 3 345 745 Pfund frisches, gefrorenes und gepökeltes Schweinefleisch, 2 840 715 Pfund geräucherter Speck, 542 250 Pfund geräucherter Schinken und Schinkenpeck, 494 044 Pfund Schmalz und Schmalzfett, 287 475 Pfund Schweinefleischkonservern und 176 902 Pfund Hammelfleisch. Außerdem wurden durch die Stadt bezogen und an Fleischer abgegeben 489 lebende Kinder und 2493 lebende Schweine. Der Erlös aus dem Gesamtfleischerkauf betrug rund 11 Millionen Mark. Weiterhin verkaufte die Stadt 9760 Tonnen Heringe für M 421 385, 135 624 Schaf Fier für M 1 230 959 und rund 9000 Zentner Klippische für M 328 154. Die Zusammenfassung der einzelnen Posten ergibt eine Gesamtsumme von M 16 416 908.

In Bochum hat die Stadtverwaltung im ersten Kriegsjahre für die Bevölkerung eingekauft: 105 978 Zentner Mehl für M 2 210 875, 50 840 Zentner Kartoffeln für M 252 522, 8720 Zentner Reis für M 153 109, 678 Zentner Zuder für M 15 422, 4694 Zentner Fleischauswaren für M 690 125, 1611 Zentner Schmalz für M 199 490, 110 Zentner Käse für M 8910, 400 Zentner Süßfrüchte für M 13 032, 251 Zentner Salz für M 2285, 6104 Zentner Futtermittel für M 65 196, 600 Zentner Fische für M 34 151, 676 Zentner isländisches Lammfleisch

für M 18 575, 200 Ochoft Kraut für M 8420, 800 Zentner Kunstseife für M 27 200. Vorstehende Posten ergeben einen Gesamtbetrag von M 8 600 815.

Die Stadt Göttingen unterhält 88 Verkaufsstellen mit eigenem Personal in gemieteten Räumen, in denen Kartoffeln, Reis, Graupen, Gerste, Gemüse, Obst, landestypische Milch und andere Lebensmittel verkauft werden. Außerdem sind etwa 600 Kleinverkaufsstellen für Kartoffeln bei Gemüsehändlern eingerichtet worden. Ferner unterhält die Stadt über 50 Niederlagen für den Verkauf der von ihr beschafften Klipp- und frischen Seefische. Sie gibt an etwa 60 Verkaufsstellen Milch, an etwa 600 Geschäfte Butter sowie an über 1200 Kolonialwarengeschäfte Petroleum ab; daneben unterhält die Stadt noch etwa 50 eigene Verkaufsstellen. Der gesamte Umschlag dieses Lebensmittelgeschäftes, der Mitte Oktober 7 1/2 Millionen Mark betrug, ist bis Ende Dezember auf 94 Millionen Mark gestiegen. Zur Entladung, Lagerung und Beförderung der Lebensmittel bildete die Stadt eine besondere Zentrallagerverwaltung. Der Umfang ihrer Geschäfte machte die Einrichtung besonderer Dienststellen auf den Bahnhöfen Göttingen, Eselhorst, Bonner Tor, Jägerstraße, Nippes und Wülheim-Gasen, sowie die Annahme von mehreren hundert Arbeitern und die Anmietung einer Reihe von Lagern notwendig. Zur Verarbeitung der Müllabfälle sowie zur Trodnung von Obst und Gemüse sind Vorrichtungen errichtet worden. Zur Hebung der Futtermittelherstellung hat die Stadt ein Mischküchlein hergerichtet.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Zentralvorstand unseres Schweizer Bruderverbandes beruft seine ordentliche zehnte Delegiertenversammlung auf den 21. bis 23. April 1916. (Ostern) ein. Sie findet im Volkshaus zu Zürich statt.

Dänemark. Heber den großen wirtschaftlichen Konflikt, der zurzeit in Dänemark heraufgezogen ist, wird in „Social-Demokraten“ folgender Uebersicht gegeben:

Die Verträge, die am 1. Februar abließen über abzulaufen sollten, umfassten innerhalb des „Sanwerkende Jagforbund“, der Organisation der vereinigten dänischen Gewerkschaften, ursprünglich über 48 000 Arbeiter und außerdem einige tausend Ruhestehende. Schon vor Neujahr brachten indessen die Ergebnisse von Einzelverhandlungen in vielen Berufen eine beträchtliche Verminderung der Lohnbewegung zustande. Gerade in der Eisenindustrie wurden durch Uebereinkünfte um den Jahreswechsel herum die Löhne stark am Lohnkampf beteiligten Arbeiter stark herabgedrückt. Nach und nach wurden, wenn man diese ersten Verhandlungen mitrechnet, in einer Reihe von Berufen Friedensschlüsse durchgesetzt. Mehrere von ihnen gelten für eine große Anzahl von Arbeitern. So kommen bei der Tabakindustrie 4500, bei der Schuhindustrie 2000, bei der Eisen- und Metallindustrie 14 000 und in der Textilindustrie 16-17 000 Arbeiter in Frage. Die letzten Tage brachten außerdem noch bei 150 Kupfer- und Zinnarbeitern, bei weiteren 6000 Arbeitern der Textilindustrie, 1000 solchen der Papierindustrie sowie bei 1100 Klempnern. Hierzu kommen noch kleinere Zahlen beim Schneiderverband, dem Verband der weiblichen Arbeiter, dem der Schiffszimmerer in der Provinz, den Rindervogelarbeitern, den Sutarbeitern, den Korbschneidern, Mühlenarbeitern, Steinarbeitern und andern. Zusammen wurden für 31 000 Arbeiter innerhalb der Gesamtorganisation und für 4000 Arbeiter außerhalb derselben Verträge abgeschlossen, das heißt also für 35 000 Mann. Zieht man die großen Schwierigkeiten in Betracht, die es gekostet hat, die Unternehmern dahin zu bringen, daß sie sich auf die gewünschten allgemeinen Lohnverhandlungen einließen, so kann man wohl sagen, daß ein solches Gesamtergebnis der ersten sechs Wochen des Jahres eine recht günstige Richtung andeutet. Aber dunkler wird das Bild, wenn man nun den Blick auf die jetzt streikenden 4000 Viehzeiler, die vor dem Streik stehenden 12 000 Lagerarbeiter und Mäher sowie auf die Schiffszimmerer und Maurer in Wapendagen wirft, die zur Arbeitseinstellung werden gezwungen müssen. Wir haben hier Zeugen für die Engstirnigkeit und häufige Rücksichtslosigkeit, mit der die Unternehmern den Verhandlungsweg oft ungangbar gemacht haben. Man darf auch nicht vergessen, daß trotz der überwundenen Stadien das Ende der Lohnbewegung noch weit zurückliegt. Zählt man alle Berufe zusammen und erinnert man sich daran, daß einzelne von ihnen, die jetzt Tarifverträge schufen, nicht mit zu der Ablaufszeit vom 1. Februar gehörten, so zeigt sich, daß noch mehr als 20 000 Arbeiter mit ungelöstem Lohnstreik nach Ablauf der Verträge am 1. Februar dastehen. Alles in allem war ja auch bei Beginn der Kampagne die Rede von Lohnverhandlungen für etwa 90 000 Arbeiter, darunter 80 000 innerhalb des „Sanwerkende Jagforbund“, mit denen man ursprünglich für die Situation von 1916 rechnen mußte. Diese außerordentlich große Zahl ist also nur um 50 000 Mann vermindert worden. Immerhin kann man doch sagen, daß die Begründung, welche die Unternehmern für ihre riesenhafte Ausbreitungsandrohung aufstellen, als im wesentlichen Grade verschoben und zum Teil als fortgefallen anzusehen sind, nachdem die 7-8000 Arbeiter der Papier- und Textilindustrie ihren Tarif abgegeschlossen haben. Die zurzeit streikenden Arbeiter vom Verband der Arbeitsleute sind etwa 4000 Man. Sie verteilen sich über das ganze Land einschließlich der Hauptstadt und die Arbeitsniederlegung gilt in erster Linie den Eisengießereien. Aber sie trifft auch auf eine Reihe anderer Betriebe der Eisen- und Metallbranche.“

Verschiedenes.

Robin über Krieg und Kunst. Der greise französische Bildhauer Robin spricht sich mit großem Freimuth über die Wirkungen, die er vom Krieg für die Kunst erhofft.

in einem Aufsatz des „American Magazine“ aus, aus dem die „Frankfurter Zeitung“ folgendes hervorhebt:

Frankreich ist nach Robins Ansicht vor dem Kriege mit schnellen Schritten und unaufhaltsam dem Verfall zugeeilt. Paris, wo die Vergnügungssüchtigen aus der ganzen Welt zusammenströmten, sei die internationale Hauptstadt der Verbertheit geworden. Die Folge hiervon war die Vergiftung und der Niedergang der Kunst. Paris, so sagt Robin, wurde nach der Revolution der Mittelpunkt einer internationalen, dem französischen Genie fremden Kunst. Paris, das in unserer eigenen Zeit gegen seine eigenen edlen Künstler sich so grausam gezeigt hat, hieß ohne Zaudern alles willkommen, was vom Auslande kam. Hundert Jahre lang haben Begehrtheit und Kunstverachtung als Meister geherrscht, und Frankreich war im Begriff, im Schmutz zu versinken.“ Nach Robins Ueberzeugung hat bekanntlich der französische Kunstgenuss in den politischen Schöpfungen seine größte Höhe erreicht und ist dann, obwohl auch die folgenden Jahrhunderte noch neue, originelle Ausdrucksformen erzeugten, doch langsam schwächer geworden. Im Empirezeitaler steht er die letzte echt französische Kunst, von da an datiert er den Verfall. Das neunzehnte Jahrhundert gab den Künstlern die Freiheit und — damit hat es sie ruiniert. „Als ob Freiheit die Kunst inspirieren könnte! Sie hat die Kunst geblödet. Mit der Freiheit sind die herrlichen Stile der älteren Zeit dahingegangen und wir haben nur noch schlechte Wiederholungen nach ihnen machen können. Mit der Revolution wurde die Kunst ein Krümer und an diesem Wechsel ist sie gestorben.“ Mit Bitterkeit beurteilt Robin die Zeit vor dem Kriege, mo allein der Hunger nach Gold, allein die Handelsinteressen und damit der nackte Egoismus die Herrschaft geführt hätten. Mit großen Schritten gingen wir dem Verfall und dem Kriege entgegen. Die Massen verurteilten das nicht. Ich aber sah es und litt mehr als irgend jemand. Ein Sturm mußte kommen, um die üble Unwissenheit und die alberne Gemeinheit hinwegzufegen, in die wir zu versinken im Begriffe waren. Der Sturm ist nun gekommen, schrecklich, langdauernd, furchtbar.“ Es ist jedoch Robins Ueberzeugung, daß die Menschen in dieser großen Katastrophe endlich einmal wieder die Trivialität vergeffen und die Begeisterung wiederfinden, daß sie lernen werden, sich selbst zu vergeffen und sich aus Liebe zu ihrem Lande hinzupferen. Der Krieg arbeitet dem erlösenden Egoismus entgegen. Er lehrt, an das allgemeine Gute, an die Notwendigkeit des Opfers zu glauben. „In der Seele der Kämpfer ist der erste Funken des großen Feuers aufgeflammt, das die Welt reinigen wird. Ich möchte glauben — ich will glauben —, daß so viel Jugend und Schönheit nicht umsonst geopfert sein wird, sondern daß sie dem Gotte der Liebe und der Schönheit als ein Brandopfer für die Vergebung unserer Sünden, für die Saat künftiger Gerechtigkeit dargebracht ist.“ Die Leppigkeit, die Selbstgier, die Tagelohnerei: das alles sieht Robin in dem großen Brande untergehen. „Das Leid wird zu groß sein und zu allgemein, um nicht Früchte zu tragen. Es reißt die Seele. Nach dem Kriege wird eine Welle von Idealismus über uns dahingehen, die uns zwingt, unsere Augen von der Erde aufzuheben und mit den Augen auch unsere Seelen. Sobald der Friede zurückgekehrt sein wird, wird man wieder die Liebe zur Arbeit lernen müssen, nicht wegen des Geldes, das sie bringt und wegen der gemeinen Vergnügungen, die sie verschafft, sondern wegen der Schönheit der Dinge, die man schafft. Dann wird die Stunde kommen, um jenen „Turm der Arbeit“ zu verwirklichen, den ich als Bauwerk in Frankreich zu errichten gehofft hatte, für den aber vielleicht in Amerika, wo manchmal das Geld großmütiger für eine Idee oder ein Kunstwerk ausgegeben wird, mehr Aussicht besteht. Dieser Turm der Arbeit, der an seinem Fuße die Arbeiter des Tages und der Nacht zeigt, weiterhin die Handarbeiten des Menschen, und auf der Höhe der Segnungen des Gedankens und des Geistes. In den Wolken, die auf uns lasten, suche ich hoffnungsvoll die Morgenröte eines neuen Tages, da der Geist herrschen und die Kunst neu erstehen wird.“

Fachtechnisches.

Eine dauernde Ausstellung in Leipzig für das Handwerk und Kunstgewerbe. Darüber lesen wir in der „Leipziger Volkszeitung“: Das Handwerk hat mit dem Anwachsen des kapitalistischen Großbetriebs immer mehr an Bedeutung verloren; sein ehemals goldener Boden ist verschwunden. Wer sich nicht den Bedingungen der modernen Produktion anzupassen und durch Anwendung motorischer Kraft sich über den Rahmen der handwerklichen Tätigkeit hinauszuwickeln verstand, wird immer mehr von der Konkurrenz eingeschnürt und fristet als Kleinmeister ein nicht immer bereidenswertes Dasein. Alle noch so gut gemeinten Versuche zur Hebung des Handwerks scheitern an diesem Gang der Entwicklung. Aber

immer wieder wird versucht, das, was am Handwerk lebensfähig ist, zu stützen und zu fördern. Einen solchen Versuch stellt die für Leipzig geplante dauernde Ausstellung und Verkaufsoffensive von Qualitätsarbeiten des Leipziger Handwerks und Kunstgewerbes dar, über die Herr Malermeister Schulz am 22. Februar im Innungsausschuß sprach. Der Redner meinte, das Handwerk müsse sich entschieden mehr um die kulturellen Zeitströmungen kümmern und mehr als bisher Kulturpolitik treiben. Man habe den Schönheitskultus nicht so nach auswärts betrieben wie etwa die Franzosen. In Leipzig lägen noch eine große Menge guter Handwerkerkräfte latent. Wer in Leipzig von den Handwerksmeistern Mode sei, der werde von der Welle der öffentlichen Gunst emporgetragen, die andern Kräfte lägen brach. So sei es auch in andern Städten. Durch Schönheitsgegenstände durch eine deutsche Form müsse man sich die Welt erobern. Eine Durchgeistigung der Arbeit, größere Leistungen und bessere Qualitätsarbeiten müßten vom Handwerker gefordert werden. Handwerkskünstler habe es früher gegeben, und auch heute noch solle es eine Kunst im Handwerk geben. Es fehle an der Gemütsarbeit, man brauche mehr Gemütsbeziehung nicht nur Verstandesarbeit. Als Mittel, das Handwerk nach dieser Richtung zu heben, habe man eine dauernde Ausstellung für das Handwerk und Kunstgewerbe in Aussicht genommen. Sie werde zur Förderung des heimischen Handwerks und des Kunstgewerbes dienen. Es sollen sämtliche Wohnungseinrichtungen und einzelne Stücke, Kunstgewerbliche Geschenk- und Gebrauchsgegenstände, Schmuck und Druckfachen zum Verkauf ausgestellt werden und damit die Wertschätzung guter Qualitätsarbeit beim Publikum gefördert werden. Dieses soll durch die Ausstellung zur Erkenntnis des Schönen und Guten ergoßen und schließlich das Handwerk mit dem Kunstgewerbe verbunden werden.

Literarisches.

Sven Hedin: Nach Osten! 182 Seiten, 27 Abbildungen (25 Photographien, 2 Zeichnungen). Preispostausgabe M 1. Leipzig, F. A. Brockhaus.

Der betamte Verfasser hat im vorigen Jahre mehrere Monate lang die Ostfront bereist, die deutschen, österrösterreichischen und ungarischen Armeen von Memel bis Wazerna mit ihren Führern als Freund verkehrt, die Schaulust aller großen Kriegereignisse besucht, den Zerfall der russischen Soldateska mit Entsetzen verfolgt und zuletzt den Siegeszug der verbündeten Armeen bis in das Herz Rußlands hinein mitgemacht.

Was er auf dieser zweiten Kriegsfahrt erlebt und gesehen, was er aus den gewaltigen Eindrücken an neuen Ergebnissen über Wesen und Ziel des uns aufgedrungenen Krieges gewonnen hat, das tritt in seinem Buche „Nach Osten!“ an die Öffentlichkeit. Reicher noch und vielseitiger als in seinem „Wolf in Waffen“ ist in diesem Werke die Fülle der Tatsachen und Beobachtungen, der Begegnungen, Schilderungen und Gesichtspunkte, ungleich länger die Front und weit dramatischer der Gang seiner Erzählung, die ihn von den Verwüstungen der Kosaken in Ostpreußen in fortwährendem Refresco zu den Höhepunkten des Krieges gegen Rußland, nach Przemysl und Lemberg nach Warschau, Nowo-Georgiewsk und Brest-Litowsk führt. Das hochinteressante Buch verdient die weiteste Verbreitung.

Sterbetafel.

Mürnberg. Am 24. Januar starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger, treuer Kollege Johann Tromm im Alter von 82 Jahren an Nierenleiden. — Am 19. Februar starb nach langer Krankheit unsere langjährige, treue Kollegin Sophie Herrmann Radiererin, im Alter von 51 Jahren. — (Bahlsteil Wüchenbach.) Am 6. Februar starb unser langjähriger Kollege Johann Wülf, Lüncher, im Alter von 38 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptkassse vom 21. bis 26. Februar Eingekandt haben für die Hauptkassse: Dessau M. 10, Elberfeld 100, Forst 30.

Die Woche vom 5. bis 11. März ist die 10. S. tragswoche. S. Wenzler, Kassierer

Jeder Herr, welcher sich schön kleiden will, verlange Pracht-Katalog 15 über wenig getragene **Kavaliers-Garderobe** vom besten Publikum stammend, zu staunend billigen Preisen.

Anzüge 1- u. 2 reihig Mk. 10-40
Ulster und Paletots „ 8-35
Kein Risiko, da ich für Nichtpassendes — Geld zurücksende. —

J. Kalter, München, Tal 19.
Versandhaus für Herrengarderobe.



Leinöl
Standöl
sofort Geld!

Jeder Posten zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht

Wilhelm Süring
Lackfabrik
Dresden-Reick

Der heutigen Nummer liegt Nr. 9 des „Correspondenzblattes“ bei.